

Kindergarten ins Schulsystem integriert

Um eine vertiefte Ausbildung zu gewährleisten und insbesondere die Vermittlung von Englisch zu fördern, hat die malaysische Regierung den Vorschulbesuch, der bisher freiwillig war, als verpflichtend eingeführt. In seiner Rede vor dreitausend Lehrern und Offiziellen im Putrajaya International Convention Center, begründete der malaysische Erziehungsminister Muhyiddin Yassin die Entscheidung der Regierung mit folgenden Worten: »Kinder sind fähig, Englisch zu lernen und zu sprechen. Meine Idee ist, dass wir mit dem Englisch-Lernen bereits in den Vorschulen beginnen. Deshalb werden wir die Kindergärten in unser Schulsystem eingliedern.« Den Einrichtungen würden dementsprechend qualifizierte Lehrer zugeteilt, ebenso angemessene Räumlichkeiten und Unterrichtsmaterialien bereitgestellt werden, so Muhyiddin.

vgl.: NST Online, 22.7.2009

Tod von Politikberater

Der Politikberater Teoh Beng Hock wurde am 16. Juli 2009 im Gebäude der malaysischen *Anti-Corruption-Commission* (MACC) tot aufgefunden. Dieser hatte am Vortag als Zeuge beim MACC zu Korruptionsvorwürfen gegen Selangorer Abgeordnete ausgesagt. Die Umstände seines Todes sind noch unklar und die Regierung hat inzwischen eine *Royal Commission of Inquiry* auf die Aufklärung angesetzt. Jedoch wird bezweifelt, dass eine korrekte Aufklärung erfolgen wird. Gegen die MACC wurden wiederholt Vorwürfe von Parteilichkeit, Rassismus und Folter vorgebracht. Im Juli 2009 beschrieb das Mitglied des Stadtrates von Kajang Tan Boon Wah öffentlich den Vorgang seiner Folter und Misshandlung bei der Vernehmung durch MACC-Beamte.

vgl.: The Star 19.7.2009, 22.7.2009, 30.7.2009, The Edge Malaysia 17.7.2009

Atomstrom 2025

2025 soll das erste malaysische Atomkraftwerk ans Netz gehen – ein ehrgeiziges Vorhaben, bei dem Malaysia neben der Expertise einheimischer Fachleute auch die Meinung ausländischer Experten sowie internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation zu Rate ziehen wird. Fadillah Yusof, der stellvertretende malaysische Minister für Wissenschaft, Technologie und Innovation, sieht viele Vorteile in der Nutzung der Kernenergie: »Auf lange Sicht ist Atomstrom die billigste und umweltfreundlichste Art der Energiegewinnung. Keine Schadstoffe wer-

den produziert, nur Wasserstoff und der kann weiterverwendet werden. Und erst nach zwanzig Jahren müssen wir uns um die Entsorgung der Abfallprodukte kümmern.« Transparenz, Dialog mit der Bevölkerung und eine Öffentlichkeitskampagne sollen dabei helfen. Bedenken und Zweifel an der Sicherheit von Atomkraftwerken zu zerstreuen. Malaysia ist damit das vierte Land in Südostasien, das eine zivile Nutzung der Kernenergie anstrebt; in Thailand sollen 2010, in Indonesien 2017 und in Vietnam 2018 die ersten Atommeiler ans Netz gehen.

vgl.: NST Online, 22.7.2009

Neue Partei gegründet

Ponnusamy Uthayakumar, malaysischer Anwalt mit tamilischen Wurzeln, hat am 19. Juli die Gründung einer neuen politischen Partei verkündet. Uthayakumar war im Dezember 2007 nach Massenprotesten von Indern, die Gleichberechtigung mit Malaien und Chinesen gefordert hatten, inhaftiert und erst im Mai diesen Jahres wieder freigelassen worden. Mit Gründung der *Human Rights Party* will sich Uthayakumar nun für die Anliegen der Malaysier indischer Herkunft einsetzen, welche etwa acht Prozent der Gesamtbevölkerung von 28 Millionen stellen und sowohl sozial als auch ökonomisch marginalisiert

sind. Problemen wie Arbeitslosigkeit, heruntergekommene Schulen sowie der Einschränkung der Religionsfreiheit müsse endlich entgegengetreten werden. In einem Interview betonte Uthayakumar: »Unser Hauptanliegen ist es, die Inder wieder in den nationalen Mainstream und die dort stattfindende Entwicklung zu integrieren, nachdem sie in den 52 Jahren seit der Unabhängigkeit außen vor geblieben sind.« In Malaysia existieren bereits drei Parteien, die explizit die indische Minderheit zu vertreten suchen, davon gehören zwei der Regierung an.

vgl.: Associated Press, 19.7.2009

Wunsch und Realität

Die Geburtenrate in Malaysia sinkt – von 3,6 Kindern pro Paar im Jahr 1990 auf gegenwärtig 2,6. Bis 2100 soll hingegen nach strategischen Planungen der Regierung die malaysische Bevölkerung von aktuell knapp 30 auf 70 Mio. wachsen. Gesundheitsminister Liow Tong Lai zeigt sich besorgt: »Viele Paare würden kinderlos bleiben, wenn sie nicht künstliche Methoden anwendeten.« Auch demographische Faktoren tragen zur sinkenden Gebur-

tenrate bei. Malaysische Frauen heiraten später als noch vor einigen Jahren und bekommen ihr erstes Kind dementsprechend später. Eine Regierungsstudie fand außerdem heraus, dass der Bildungsgrad entscheidend die Kinderzahl beeinflusst. Frauen ohne formelle Bildung haben in Malaysia doppelt so viele Kinder wie Frauen, die eine Universitätsausbildung abgeschlossen haben.

vgl.: AFP, 12.7.2009

Anti-ISA Demonstration

Am 1. August 2009 fand die seit zwei Jahren größte Demonstration gegen das umstrittene ISA-Gesetz statt. Ungefähr 20.000 Menschen gingen hierbei in Kuala Lumpur trotz Warnungen der Regierung auf die Straße, um eine Abschaffung des Gesetzes zu fordern und damit mehr Freiheiten zu erreichen. Viele Frauen und junge Menschen beteiligten sich an den Protesten. Die Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor und löste die Versammlung unter dem Einsatz von mit Chemikalien versetztem Wasser und Tränengas auf. Die Zahl der Festgenommenen liegt insgesamt bei ungefähr 600

Menschen. Davon waren am folgenden Tag noch mindestens 60 Personen in Polizeigewahrsam, darunter auch Minderjährige. »Wann auch immer es eine friedliche Versammlung gibt, wird die Polizei von elitären Kräften benutzt ... um zu verhindern, dass die Menschen ihre Meinungen ausdrücken.«, urteilte der Oppositionsführer Anwar Ibrahim. Elf Organisatoren der Proteste und Oppositionelle wurden vor Gericht gestellt. Das Strafmaß für unerlaubte Versammlungen kann bis zu einem Jahr Gefängnis bedeuten.

vgl.: Star Tribune 2.8.2009, Asia Times 6.8.2009

Meinungsaustausch

Als Reaktion auf die Ausschreitungen bei den Anti-ISA Straßendemonstrationen, meldete sich Premierminister Najib mit der Aufforderung an die Bevölkerung zu Wort, nicht an solchen Kundgebungen teilzunehmen. Diese Aktionen seien nur störend für die Anwohner. Stattdessen wolle die Regierung Plattformen für den Meinungsaustausch bereitstellen. Hierbei sollen laut Najib auch Sta-

dien genutzt werden, »wo sie sich bis zum Morgengrauen heiser schreien können, aber keine Störungen auf den Straßen verursachen.« Die Proteste wurden als illegale Aktionen der Opposition zur Gefährdung des nationalen Friedens verurteilt und das brutale Vorgehen der Polizei als notwendige Maßnahme deklariert.

vgl.: The Star 3.8.2009

Landstreitigkeiten

Das indische Dorf *Kampung Buah Pala* war 2009 immer wieder von Landstreitigkeiten betroffen. Das Dorf ist die einzige noch bestehende indische Gemeinschaft in Penang und besteht seit ungefähr 200 Jahren als traditionelles tamilisch-hinduistisches Dorf. Der Bauunternehmer, der das Land in Kampung Buah Pala erworben hatte, will dieses für sein Projekt »The Oasis« umgestalten und die Wohnhäuser durch teure Appartements ersetzen. Hierfür müssen die Familien, die in diesem Areal leben, ihre Häuser verlassen. Durch den massiven Protest der Bewohner und ihrer Unterstützer wurde die Räumung auf Ende August verschoben. Dorfbewohner

versammelten sich mit Kerzen vor dem Haus des Regierungschefs des Bezirkes Penang und stellen sich den Abrissarbeitern in den Weg. Auch Politiker wie Ponnusamy Uthayakumar äußerten Solidarität mit der Gemeinschaft. Das Gesprächsangebot der Bezirksregierung verlief ohne Erfolg. Die Gemeinschaft sieht sich als Opfer von Diskriminierung aufgrund ihrer indischen Wurzeln. Die Räumung wurde vom Federal Court bestätigt und den Bewohnern Ersatzwohnungen angeboten. Bis Anfang September mussten die Bewohner ihre Häuser endgültig verlassen haben.

vgl.: The Star 3.8., 21.8., 23.8., Bernama 4.8.2009

Prügelstrafe für Model

Kartika Sari Dewi Shukarnor wurde im August 2009 von einem islamischen Gericht in Pahang zu einer Geldstrafe von 5.000 Ringgit (ungefähr 1.000 €) und zu sechs Stockschlägen verurteilt. Die muslimische Frau trank vor zwei Jahren mit ihrem Mann in einem Hotel in der Küstenstadt Cherating Bier und wurde dabei von islamischen Sittenwächtern festgenommen. Bei Vollstreckung der Züchtigungsstrafe wäre sie die erste Frau, welche wegen Alkoholkonsums von einem malaysischen Scharia Gericht bestraft worden würde. Das malaysische Model bekannte sich schuldig und erhebt im Gegensatz zu zwei ähnlichen Fällen 2009 keinen Einspruch gegen das Urteil. Islamische Anwälte befürworteten die Entscheidung des Gerichts und hoben hervor, dass die von zivilen Gerichten verordnete Züchtigung schmerzhafter sei als die Strafe der Scharia Gerichte. Bei der malaysischen Familienministerin, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen löste das Urteil Entsetzen und Protest aus. Somit wurde die Diskussion über die Prügelstrafe und in diesem speziellen Fall über ein generelles Alkoholverbot wieder entfacht. Der Diskurs wurde bereits 2007, als ein Video von einer zivilrechtlich angeordneten Prügelstrafe im Internet veröffentlicht wurde, von neuem aufgegriffen.

vgl.: The Strait Times, 23.7.2009

Menschenhandel

Die US-Regierung setzte Malaysia in ihrem jährlichen Report zum Menschenhandel auf die Liste derjenigen Länder, die Bestimmungen zum illegalen Handel verletzen wie Nordkorea, Burma und Fiji. Die Regierung unter Obama kritisierte, dass Malaysia nicht genug Maßnahmen zum Stopp von sexueller und Arbeitsausbeutung von Frauen und Kindern ergriffen habe.

vgl.: Asean Affairs 17.6.2009

nachrichten